



## ASEAN-Gipfel

Druck von allen Seiten: Beratung über Umgang mit US-Provokation, Myanmar und engere Zusammenarbeit. Washington startet Großmanöver im Südchinesischen Meer.  
 Von Jörg Kronauer

SEITE 3

5.000 Abo für die Pressefreiheit! Bestellen auf [jungewelt.de/abo](http://jungewelt.de/abo)

GEGRÜNDET 1947 · DONNERSTAG, 7. SEPTEMBER 2023, NR. 208 · 2,00 EURO (DE), 2,30 EURO (AT), 2,70 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT [WWW.JUNGEWELT.DE](http://WWW.JUNGEWELT.DE)

### Syrischer Knoten

Deir Al-Sor: Aufstand von Stammes-  
**6** kriegern niedergeschlagen. Im Hintergrund geht es um Öl

### Europäische Rüstung

»Leopard«-Nachfolger, Deutsch-französisches Kampfpanzerprojekt steht auf der Kippe  
**9**

### Skandinavische Härte

Extreme Botschaften. Berliner Ausstellung über Heavy Metal aus nordischen Ländern  
**10**

### New Yorker Blamage

Die reguläre Saison in der Major League Baseball geht auf die Zielgerade zu. Ein Überblick  
**16**

# Abschieben in den Krieg

Kiew fordert von EU-Staaten, Männer, die als Flüchtlinge aus der Ukraine gekommen sind, auszuliefern. Zwangsrekrutierung als Ziel. **Von Reinhard Lauterbach**

Kiew will erreichen, dass ukrainische Männer, die sich als Flüchtlinge in der EU aufhalten, in ihr Herkunftsland zurückgeschoben werden. Auf diese Weise sollen die EU-Staaten der Kiewer Regierung ermöglichen, die eventuell an diese Männer ausgestellten Bescheinigungen über die Untauglichkeit zum Kriegsdienst zu überprüfen. Mit dem expliziten Ziel, diese Bescheinigungen für ungültig zu erklären und so neues Rekrutenmaterial zu gewinnen.

Der Fraktionschef der Regierungspartei »Diener des Volkes«, Dawid Arachamija, stellte diese Forderung vor einigen Tagen als notwendige Ergänzung zur Bekämpfung der Korruption in den Rekrutierungsbehörden dar. Denn es ist ein offenes Geheimnis, dass man sich in vielen dieser Dienststellen gegen Zahlungen zwischen 3.000 und 15.000 US-Dollar an die entsprechenden Beamten und Ärzte eine Untauglichkeitsbescheinigung kaufen konnte. Und kann. Ukrainische Medien berichten, dass seit der Ankündigung von Präsident Wolodimir Selenskij, alle erteilten Untauglichkeitsbescheinigungen zu überprüfen, nur eines geschehen ist: Der Preis für diese »Dienstleistung« hat sich nochmals erhöht.

Bisher hat kein EU-Staat offiziell auf die Kiewer Forderung reagiert. Nur aus Polen berichtete die Zeitung *Rzeczpospolita* am Montag, dass die Behörden bereits in einigen Fällen Ukrainer abgeschoben hätten. Allerdings solche, die sich auch nach polnischem Recht strafbar gemacht haben, etwa weil sie »illegale« Migranten aus Drittländern nach Polen geschleust oder ihnen bei der Weiterreise in Polens westliche Nachbarländer geholfen haben sollen.



Den Häschern entkommen: Ukrainische Flüchtlinge an der polnischen Grenze bei Medyka (April 2022)

Die Einschränkung ist wichtig. Denn internationale Haftbefehle, die Voraussetzung für Abschiebungen, können nur vollstreckt werden, wenn die dem Betroffenen vorgeworfene Tat in beiden betroffenen Ländern strafbar ist. Dies ist bei Männern aus der Ukraine, die sich dem Kriegsdienst dort entzogen haben, in der Regel nicht der Fall. Denn mit dem Anspruch des ukrainischen Staats auf den Kriegsdienst des männlichen Teils der Bevölkerung hat das deutsche oder polnische Recht nichts zu schaffen. Ob aber das mutmaßliche Zahlen eines Schmiergelds an einen ukrainischen Beamten deutsches oder polnisches Recht verletzt hat, ist ebenfalls

zweifelhaft, denn die entsprechenden Bestimmungen schützen die Korruptionsfreiheit des inländischen Rechtsverkehrs, nicht die in der Ukraine. Im übrigen hat die Flüchtlingsorganisation »Pro Asyl« am Mittwoch im *Deutschlandfunk* darauf hingewiesen, dass die Verordnung, mit der die EU Geflohenen aus der Ukraine Anfang 2022 Schutz gewährt hat, nicht zwischen Männern, Frauen und Kindern differenziert. So dass die ukrainischen Männer einen Rechtstitel auf ihren Aufenthalt in der EU besitzen.

Wie viele ukrainische Männer in der EU tatsächlich Kriegsdienstverweigerer mit falschen Bescheinigungen sind,

ist unbekannt. Laut Eurostat sind von den in der EU registrierten Ukrainerinnen und Ukrainern 650.000 Männer. Es gibt aber offenbar auch eine erhebliche Dunkelziffer. So berichtete die *Rzeczpospolita*, dass die dortige Ein- und Ausreisestatistik von etwa 80.000 ukrainischen Männern ausgehe, die ins Land gekommen sind. Von denen hätten sich aber nur 10.000 bei den Behörden registriert und seien daher mit Namen und Adresse potentiell greifbar. Alle anderen seien »verdunstet«, zitiert die Zeitung die Sprecherin der polnischen Grenzbehörde. Auf schnelle Ergebnisse wird der Kiewer Heldenklaus also wohl nicht rechnen können.

### Armenien plant Militärrübung mit USA



Jerewan. Armenien hat vor dem Hintergrund der aserbaidschanischen Blockade der Region Bergkarabach eine gemeinsame Militärrübung mit den USA angekündigt. Das vom 11. bis 20. September dauernde Manöver »Eagle Partner 2023« beinhaltet »Operationen zur Stabilisierung von Konflikten bei der Erfüllung von friedensstiftenden Einsätzen«, teilte das Verteidigungsministerium am Mittwoch laut der staatlichen Nachrichtenagentur *Armenpress* mit. Seit Mittwoch wird Brot in der von Armenien abgeschrittenen Exklave nur noch gegen Bezugsscheine ausgeteilt. Jerewan wirft Moskau und den in Bergkarabach stationierten russischen »Friedenstruppen« ungenügenden Einsatz vor. »Solche Neuigkeiten rufen Beunruhigung hervor, speziell in der jetzigen Lage«, kommentierte Präsidentschaftssprecher Dmitri Peskow *Interfax* zufolge die Militärrübung. Russland werde die weitere Entwicklung sehr genau verfolgen. (dpa/W)

### Afrikaklimagipfel endet mit »Erklärung von Nairobi«

Nairobi. Der erste Afrikaklimagipfel endete am Mittwoch in Kenia mit der Verabschiedung einer »Erklärung von Nairobi«. Deren Kernforderung ist ein Umbau des weltweiten Finanzsystems. Durch Umschuldungen und günstigere Kredite sollen die afrikanischen Staaten »Zugang zu den Investitionen erhalten, die sie benötigen, um ihr Potential freizusetzen«, erklärte Kenias Staatschef William Ruto. Industrieländer werden in der Erklärung ermahnt, Klimazusagen an ärmere Länder zu erfüllen und eine CO<sub>2</sub>-Steuer auf den Handel mit fossilen Brennstoffen, den Schiffsverkehr und die Luftfahrt zu unterstützen. Auch eine Finanztransaktionssteuer wurde auf dem Gipfel gefordert, bei dem neben einer Reihe afrikanischer Staatsschefs auch Vertreter anderer Länder und zwischenstaatlicher, privatrechtlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen zugegen waren. (AFP/W)

# Länder lobbyieren für Industriestrompreis

Ministerpräsidentenkonferenz in Brüssel fordert bei EU-Kommission Energiesubventionen

Länderfürsten in Brüssel: Noch bis diesen Donnerstag halten die 16 Regierungschefs der BRD-Bundesländer dort die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) ab. Am Mittwochabend durfte die Runde mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) tagen, an diesem Donnerstag soll ein Treffen mit Kommissionsvize Maroš Šefčovič und Energiekommissarin Kadri Simson stattfinden. Gesprächsthema Nummer eins dürfte der von den Ländern geforderte Industriestrompreis sein. Im Subventionslauf der EU mit den USA

per EU-Chips-Act und »Green-Deal«-Industrieplan finden sich zwar schon in erster Linie Förderprojekte der BRD, doch die Industrie wünscht sich mehr Standortvorteile.

Doch seit sich die Regierung zur Abkehr von russischen Energielieferungen entschieden hat, herrscht über die Bewältigung der »Energiekrise« ohnehin konzentrierte Einigkeit bei Unternehmensverbänden, Politik und Gewerkschaften. Denn wer hierzulande auf günstige Energie über die Ostseepipelines Nordstream I und II gewettet hatte, muss langfristig umplanen – kein

Zufall wohl, dass sich die chemische Industrie in Person von Kapitalverbandeschef Wolfgang Große Entrup am Mittwoch zu Wort meldete, die Brüsseler MPK sei »ein wichtiges Signal zum richtigen Zeitpunkt«. IG-Metall-Vizechefin Christiane Benner warnte am Mittwoch (wohl ebensowenig zufällig auf dem Gelände des Thyssen-Krupp-Stahlwerks in Duisburg) vor einer »Abwanderung« der Industrie und forderte »kurzfristige« Unterstützung für energieintensive Betriebe.

»Das würde zu einer Wettbewerbsverzerrung führen«, hatte

EU-Kommissionsvize Šefčovič im Gespräch mit dem *Handelsblatt* (Mittwoch) erklärt. Statt dessen solle eine Strommarktreform den Ausbau »erneuerbarer« Energien beschleunigen und ein Netz geschaffen werden, das »grünen Strom besser nutzen kann«.

Die Bundesnetzagentur hatte kürzlich mit der Forderung der norddeutschen Flächenländer von September 2022 aufgewartet und für unterschiedliche Strompreiszonen in der BRD plädiert. Über eine solche Reform gibt es zwischen den Länderchefs aber bislang keine Einigkeit. **David Maiwald**

**jw** wird herausgegeben von 2.732 Genossinnen und Genossen (Stand 25.8.2023)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

